

10 Thesen zu Strategien, demokratisch durch das 21. Jahrhundert zu kommen

Harald Welzer

1. Die Gegenwart ist durch eine Leitkultur der Verschwendung geprägt, die in sich beschleunigender Weise Ressourcen übernutzt.
2. Die auf Gesellschaften unseres Typs zukommenden Stressfolgen konsumieren Entscheidungsfreiheit. Je mehr Druck – aus steigenden Energiepreisen, aus der Überschuldungskrisen, aus Extremwetterereignissen etc. – auf den Gesellschaften lastet, desto reaktiver wird die Politik, desto enger wird der verfügbare Handlungsspielraum, desto unfreier wird die Wahl von Handlungsoptionen. Kurz: Autoritäre Entscheidungsstrukturen werden wahrscheinlicher, demokratische unwahrscheinlicher.
3. Gegenwärtig gibt es gerade in den freien und reichen Gesellschaften weite Handlungsspielräume zum Umsteuern in den drei zentralen Lebensbereichen Ernährung, Wohnen und Mobilität und in der Nutzung der jeweils notwendigen Energien. Das erlaubt proaktives Handeln für Veränderung.
4. Die Nutzung dieser Handlungsspielräume setzt eine aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft, also der Bürgerinnen und Bürger voraus. Die Politik des 21. Jahrhunderts ist partizipativ, kein Angebot, das von inaktiven Politikkonsumenten angenommen oder abgelehnt wird.
5. Umgekehrt verstehen die Akteure der politischen Klasse Bürgerinnen und Bürger nicht mehr als inaktive Konsumenten, denen sie zu „liefern“ haben oder die sie „mitnehmen“ müssen, sondern als politische Subjekte, die für sich und das Gemeinwesen Verantwortung tragen.
6. Bürgerinnen und Bürger werden nicht mehr als lebendige Hindernisse auf dem Pfad zu einer nachhaltigen Gesellschaft verstanden, sondern als Ressourcen, deren Beitrag für eine gelingende Transformation der Gesellschaft unerlässlich ist.

[Ein Beispiel zur Illustration: Statt Energieeinsparungsaufgaben dadurch zu erfüllen, dass Altbaubestände unter denkmalpflegerisch wie ökologisch

bedenklichen Umständen „gedämmt“ werden, könnte quartiersweise basisdemokratisch erprobt und beschlossen werden, wie durch veränderte Lebenspraktiken (verringerte Mobilität, Einkaufs- und Fahrgemeinschaften, nachhaltiger Konsum, sharing-Konzepte bei Garten- und Haushaltsgeräten etc.) Energieeinsparungen durch soziale Intelligenz erbracht werden. Das etabliert neue soziale Erfahrungen, stärkt die Teilnahmebereitschaft, wirkt identitätsstiftend und macht womöglich noch Spaß.]

7. Bürgerinnen und Bürger antworten auf einen einladenden Politikstil mit Übernahme von Verantwortung im Rahmen ihrer lokalen Möglichkeiten.
8. Wie eine nachhaltige Energieversorgung dezentrale Strukturen der Energieerzeugung erfordert, so wird eine nachhaltige Gesellschaft generell größeren Wert auf Regionalität, Lokalität, Saisonalität legen und weniger Fremdversorgung präferieren. Unter diesen Voraussetzungen geht mehr politische Entscheidungsverantwortung auf die Bürgergesellschaft vor Ort über.
9. Dezentrale Versorgungs- und Entscheidungsstrukturen sind autonomer, flexibler und fehlerfreundlicher. Sie begünstigen Partizipationsschancen und entlasten die Politik von der Expertokratie und vom Lobbyismus.
10. Eine solche partizipative politische Kultur ist in höherem Maße lernfähig als die technokratische Politik der Gegenwart. Da der Weg in eine nachhaltige Gesellschaft zunächst in sozialen Lernprozessen besteht, bieten partizipative Politikstile die Chance auf größere Lernerfolge als traditionelle.